

# **Für einen neuen europäischen Aufbruch**



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 27.01.2018  
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

1 Die Europäische Union ist auf Ruinen zweier verheerender Weltkriege von Menschen aufgebaut  
2 worden, die sich noch Jahre zuvor auf dem Schlachtfeld begegnet waren. Ohne Visionen, Ideen  
3 und praktischen Mut wäre dieses Wunder europäischer Einigung niemals möglich gewesen.

4 Das ist nun sechzig Jahre her. Wir haben weiterhin den festen Willen, einen immer engeren  
5 Zusammenschluss Europas zu schaffen (ever closer Union). Visionen, Ideen, Mut und Weitsicht  
6 braucht es jetzt wieder. Wir brauchen einen neuen Aufbruch. Präsident Macron und Präsident  
7 Juncker haben mit ihren Vorschlägen ein Fenster geöffnet. Ob diese Initiativen Ausgangspunkt  
8 für eine institutionelle und politische Erneuerung der EU werden hängt nicht zuletzt von  
9 Deutschlands Antwort ab. Jetzt muss gehandelt werden. Wir wollen als Bündnis 90/Die Grünen  
10 dazu beitragen, dass Deutschland bei der notwendigen Demokratisierung und Reform der  
11 Eurozone und der Reform europäischer Institutionen eine aktive und partnerschaftliche und  
12 keine blockierende Rolle einnimmt.

13 Es wäre für Bündnis 90/Die Grünen inakzeptabel, wenn das Fenster der günstigen Gelegenheit  
14 für einen Aufbruch in Europa, das derzeit noch offen steht, sich schließen würde, bevor  
15 Berlin aussage- und handlungsfähig ist. Deshalb wollen wir, dass der Bundestag Initiativen  
16 ergreift, um die ausgestreckte Hand von Präsident Macron und die Impulse aus Europäischem  
17 Parlament und Europäischer Kommission willkommen zu heißen und mit eigenen Beiträgen  
18 partnerschaftlich weiterzuentwickeln.

## **19 Für uns ist 2018 das Jahr der europäischen Erneuerung**

20 Als Grüne sind wir geleitet von einer europäischen Vision, die auf vier Zielen fußt. Wir  
21 wollen ein Europa, das die Vielfalt schätzt. Ein Europa, das seine Bürgerinnen und Bürger  
22 schützt. Ein Europa, das Selbstbestimmung stärkt. Ein Europa, das die globale ökologische  
23 Transformation anpackt, das Frieden achtet und Menschenrechte in der Welt stärkt .

24 Vielfalt schätzen, das thematisiert kulturelle Diversität, die Genderfragen, die Rechte von  
25 Minderheiten, den Umgang mit Flüchtlingen, die zu uns kommen, das Prinzip der Subsidiarität  
26 und eine Kultur des Respekts. Die Bürger zu schützen, durch Solidarität, das meint das  
27 Ernstnehmen und den Ausbau der sozialen Säule der EU, das meint Sicherheit nach innen und  
28 nach außen, es meint das Zurückschneiden übermächtiger Lobbyinteressen; es meint auch  
Daten-

29 und Verbraucherschutz, fairen Außenhandel und verantwortliche Klimapolitik.

30 Steuergerechtigkeit ist ein wichtiger Baustein dieser Transformation. Entsolidarisierung zu  
31 Lasten des Gemeinwohls bekämpfen wir. Die Stärkung von Selbstbestimmung will mehr  
32 Demokratie, die Gewährleistung des Rechtsstaates, die Sicherung der Menschen- und  
33 Bürgerrechte, gerade auch in Zeiten der digitalen Revolution. Selbstbestimmung stärken  
34 heißt, den autoritär-nationalistisch-populistischen Bewegungen konsequent entgegenzutreten. Es  
35 heißt auch, nicht zuzulassen, dass immer mehr Menschen sich in der Demokratie nicht mehr  
36 beheimatet finden, weil sie nicht sehen, dass sie selbst etwas bewegen können oder  
37 wenigstens repräsentiert werden, weil sie glauben, dass sie im Prozess von Globalisierung,

38 Digitalisierung und Europäisierung abgehängt sind. Die ökologische Transformation, der  
39 "Green New Deal", thematisiert nicht nur Klimapolitik, Energiepolitik, Landwirtschaft oder  
40 Verkehr. Sie adressiert auch die Frage der sozialen Gerechtigkeit, eines fairen Übergangs  
41 und die Frage der ökonomischen Perspektiven, einschließlich des Kampfes für Markt- statt  
42 Machtwirtschaft. Und sie thematisiert unsere internationale Verantwortung bei der  
43 ökologischen Transformation. Es heißt, internationale Institutionen zu stärken, etwa die  
44 UNO. Kein Land ist allein in der Lage, internationalen Herausforderungen erfolgreich zu  
45 begegnen. Es heißt, endlich eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben und durch  
46 eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung allen Staaten Wohlstand zu ermöglichen. Die EU  
47 muss verstärkt auf zivile Krisenprävention, Abrüstung und Multilateralismus setzen.

48 Alle diese Fragen diskutieren und verfechten Bündnis 90/Die Grünen seit langem. Wir wollen  
49 sie bewusst europäisch ansprechen. Deshalb werden der Bundesvorstand und die  
Landesvorstände  
50 von Bündnis 90/Die Grünen aufgefordert, im ersten Halbjahr 2018 bundesweit und  
51 kampagnenmäßig „europäische Dialoge“ über die Gestaltung der Zukunft der EU zu  
organisieren.

52 Diese Bemühungen haben das Ziel, die europäische Politik demokratischer und die deutsche  
53 Politik europäischer zu machen. Dazu soll gezielt die Zusammenarbeit mit  
54 zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit Verbänden oder auch mit anderen Parteien gesucht  
55 werden. Ziel ist es, die Ergebnisse der europäischen Dialoge in die parlamentarische Arbeit  
56 und das Europawahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen sowie das Wahlmanifest der  
Europäischen  
57 Grünen Partei einzuspeisen. Die Abgeordneten auf Landes-, Bundes- und Europaebene werden  
58 gebeten, sich aktiv in diese Dialoge einzubringen. Nach Möglichkeit wollen wir europäische  
59 Partner in unsere Diskussionen einbeziehen, ob es Vertreter\*innen anderer grüner Parteien  
60 sind oder Vertreter\*innen von Partnerstädten und Partnerhochschulen oder von  
61 Partnerunternehmen in anderen Ländern. Wir wollen rechtzeitig vor dem Europawahlkampf auch

62 diskutieren, wie wir den so führen können, dass dabei für die Bürgerinnen und Bürger neues  
63 Engagement, neues Vertrauen und mehr demokratische Selbstbestimmung möglich werden.

64 Ziel ist es, in diesen Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern Prioritäten zu  
65 erarbeiten. Ideal wäre es, wenn wir am Schluss zu einem 10-Punkte-Programm kämen, wie wir  
es  
66 in der Bundestagswahl hatten.